

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 6. April 1932
14. Jahrgang Nr. 80

**Jede Arbeiterstimme
am Sonntag
für Ernst Thälmann**

Erstausgabe täglich
Wochensatz 4 Pf.
Monatslohn = 2,10 Pf.
monatlich 2,10 Pf.
jedneipaltene Wochensatz
sammlungszweck
untergele oder bere
Hauptredaktion um 8 Uhr: in den Kistalen am Tage, vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

**Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)**

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 39. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Worbenhaus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 39.

Kommunisten an die Front!

Reißt alle Kräfte zusammen! Stoßt auf der ganzen Linie vorwärts!

Kommunisten! Revolutionäre Arbeiter und Werktätige!

Die Feinde unseres revolutionären Freiheitskampfes entfalten mit riesigen Geldmitteln des Finanzkapitals, mit dem Einfluß des ganzen Staatsapparates, des Rundfunks und ihrer zahllosen Zeitungen eine noch nie dagewesene Agitation. Diskussionen arbeitender Menschen sollen wieder mit trügerischen Versprechungen irreführt werden. Ihre Stimmen sollen gewonnen werden für die Aufrechterhaltung des untergangreifen kapitalistischen Systems.

Verbunden mit der riesigen Agitationsflut für die Präsidentschaftskandidaten des Kapitalismus, für Hindenburg und Hitler, sind die schärfsten Verfolgungen gegen unsere rote Kampffront. Zehn kommunistische Zeitungen sind in Svering-Preußen verboten. Zahlreiche Flugblätter werden beschlagnahmt, die Demonstrationsfreiheit ist fast restlos beseitigt. Im Rundfunk dürfen die Kommunisten nicht sprechen.

Die revolutionäre Wahrheit soll unterdrückt werden.

Hinter Hitler, dem Verächter der offenen faschistischen Diktatur, stehen die schlimmsten Volksausbeuter als Geldgeber. Dieser Partei des blutigen Mordterrors, des Streikbrechertums, der Liebesdienste für das Finanzkapital und der mit nationalförmlichen Phrasen verkleideten Erfüllungspolitik stehen unbegrenzte Geldmittel zur Verfügung.

Für die Kandidatur Hindenburgs treten die Herren vom Reichsverband der deutschen Industrie ein. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer verwenden die Mitgliedsbeiträge zur Agitation für den Feldmarschall-Kandidaten.

Unsere Partei aber hat keine Kapitalistenelber. Unsere Partei ist der Todfeind der Bourgeoisie, der Todfeind des Faschismus. Unsere Partei kann nur, gestützt auf eure glühende Opferbereitschaft, auf die freudige Mitarbeit und die revolutionäre Kühnheit aller Kommunisten und revolutionären Arbeiter, die kapitalistisch-faschistische Lügenflut überwinden.

Kommunisten! Revolutionäre Arbeiter! Wir müssen durch die gemeinsame Mobilmachung von hunderten roten Bahnhelfern

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Niederschlesische Bergarbeiter

Unterstützt die heldenhaft streitenden tschechischen Bergtumpels

Telegramm aus Essen vom Hauptvorstand des GBD.

Der Streik der tschechischen Bergarbeiter geht mit unermindelter Schärfe weiter. Vom Reichskomitee der KPD. wird verlangt das sofortige Einsetzen einer großzügigen Unterstützungsaktion.

Der Hauptvorstand des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands hat folgenden Aufruf erlassen:

„Massenstreik der kämpfenden Bergarbeiter in der Tschechoslowakei. 20 000 tschechische Bergarbeiter stehen im Kampfe gegen Massenentlassungen und Lohnabbau. Schürsterr Terror und Belagerungs- zustand wurde gegen die Streikenden eingesetzt. In den Streikgebieten Mährisch-Schrau und Karwin soll der Masseneinsatz von Militär und Polizei die kämpfenden Bergarbeiter in die Betriebe zwingen. Der Massenstreik der tschechischen Bergarbeiter hat in den Rüstungs- arbeitsfeldern der Antifront einen gewaltigen Aufschwung der Arbeiter für den Kampf ausgelöst. Der Streik der Bergarbeiter in der Tschechoslowakei ist eine Waffe der Arbeiter gegen den Imperialismus, deren Kriegsplan gegen die Sowjetunion durch die Unterdrückung der Streikenden behängt wird. Alle brüderlichen Sympathien gehören den heldenmütigen Streikenden. Die deutschen Werktätigen unter dem Banner der kommunistischen Internationale eilen mit

für unseren Kampfkandidaten Ernst Thälmann

in den nächsten vier Tagen bis zum 10. April auf der ganzen Linie vorstoßen. Entfaltet durch neue Methoden der Agitation und Propaganda, durch stärkste Anrufungsarbeit in den Betrieben und an den Stempelstellen einen wahren revolutionären Wettbewerbs! Wir appellieren an die größte persönliche Verantwortung jedes einzelnen Mitgliedes der kommunistischen Partei, des kommunistischen Jugendverbandes, der KPD., der proletarischen Massenorganisationen und aller klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen!

Reißt alle Kräfte zusammen! Zeigt, was Kommunisten, was revolutionäre Arbeiter für ihre Partei zu leisten vermögen!

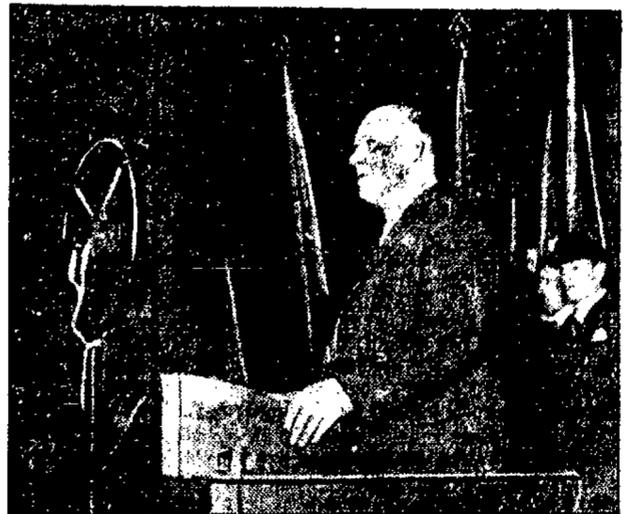
Eine Sturmflut der Aufklärungsarbeit für unsere kommunistischen Freiheitsziele muß durch die Städte und über das Land gehen!

Eure hunderttausendfache Kleinarbeit, euer Kampfesmut ist härter als die Millionengelder, die Hindenburgs und Hitlers Wahlmacher in die Waagschale werfen! Stoßt vor in den entscheidenden Großbetrieben! Organisiert in den Kriegsbetrieben Streiks gegen Kriegsproduktion und verhindert in den Häfen, auf den Flüssen und der Eisenbahn Kriegstransporte! Bereitet den Kampf gegen den neuen Lohnabbau und gegen die Zertrümmerung der Sozialversicherung in den Betrieben, gegen den Unter- führungsaabbau an den Stempelstellen vor! Tragt die Losungen des revolutionären Bündnisses der Arbeiter und werktätigen Bauern in die Dörfer! Dringt in die Gutschöfe zu den Landarbeitern vor!

Der 10. April muß ein wichtiger Auftakt zum großen roten Vormarsch am 24. April bei den Wahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt sein!

Der 10. April muß eine rote Heerschau der Millionen zum Kampf gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher, für die Verteidigung der sozialistischen Sowjetunion, für die Zerschlagung des Joches vom deutschen und internationalen Finanzkapital werden!

Der 10. April muß mit der Stimmabgabe für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann, für die Kampfkandidatur der deutschen Arbeiterklasse, ein revolutionäres Kampfbekennnis für Brot, Arbeit und Freiheit im kommenden sozialistischen Mitteleuropa werden!



Der rote Arbeiterkandidat spricht in der Jahrhunderthalle zu 12 000 Werktätigen

Hauptfeind und Hauptstoß!

Die Antwort auf die neuen Lügen der „SZ“

Breslau, den 6. April 1932.

Die „SZ“ vom 1. April beschäftigt sich in einem ausführlichen Artikel mit der Strategie der kommunistischen Partei und zitiert einen Abschnitt aus der „K“, in dessen letzten Satz es heißt:

„... während in der Tat die faschistische Diktatur in Deutschland von den Hindenburg-Parteien und von den Regierungen Brüning und Sverings mit Hilfe der Nazis durchgeführt wird.“

Unmittelbar danach unterzeichnet es die „SZ“:

„Als wieder der alte Aufbaum: „Nicht die Faschisten, sondern die KPD. ist der Hauptfeind.“ ... Es gilt daher, der höchst schädlichen KPD-Propaganda, „Der Hauptfeind ist die KPD.“ — nachdrücklich zu widerstreiten, die KPD. zum „Hauptfeind“ geworden — mit aller Schärfe entgegenzutreten.“

Und wieder schreibt die „SZ“:

„Die (die KPD. Mitglieder) müssen begreifen, daß ... der Hauptfeind heute der Faschismus ist. Hitler und seine Armee, das ist heute die größte und für das Proletariat gefährlichste Waffe des Kapitals. Die gilt es vor allen Dingen zu zerlegen.“

Die „SZ“ stellt also folgende Behauptungen auf: 1. Die KPD. bezeichnet die Sozialdemokratie als Hauptfeind. 2. Tatsächlich ist der Hauptfeind heute der Faschismus, wobei unter „Faschismus“ lediglich „Hitler und seine Armee“ verstanden wird. 3. Dessen muß man vor allen Dingen schlagen.

Sehen wir zunächst, was es mit der ersten Behauptung der SZ-Führer auf sich hat. In der Resolution des ZK. der KPD. über die Lage in Deutschland und die Aufgaben der KPD., beschloßen auf der Plenarsitzung im Februar 1932, heißt es:

„Das Finanzkapital stützt sich einerseits auf die Sozialdemokratie als die soziale Hauptstütze der Diktatur der Bourgeoisie und den aktivsten Faktor der Faschisierung (Preußenregierung und KPD.), andererseits auf den Nationalsozialismus, der zwar nicht im wesentlichen Maße in die Reihen der Arbeiterklasse einzubringen vermochte, aber dank seiner nationalen und sozialen Demagogie riesige Schichten des Kleinbürgertums und der ihm entsprechenden Schichten der Angestellten und Beamten an sich festsetzt, die den Glauben an einen kapitalistischen Ausweg aus der Krise noch nicht verloren haben.“

Am dieser Grundlage gleichen sich die Methoden und Formen des Sozialfaschismus und Hitler-Faschismus, dieser „Zwillinge, die einander ergänzen“ (Stalin) immer mehr an und verflechten sich miteinander (stufenweise Übernahme des nationalförmlichen Sprachgebrauchs des Hitler-Faschismus und Schaffung von Terrorformationen nach seinem Muster, der Reichsbanner-Schule, durch die KPD. als „gemäßigten Flügel des Faschismus“, „Legalisierung“ Hitlers usw.).

Im ganzen Verlauf der Entwicklung beschleunigt sich das Tempo des Überganges von den „demokratischen“ zu den faschistischen Methoden der Diktatur der Bourgeoisie, wobei die außerhalb der Regierung befindliche Hugenberg-Gruppe als entscheidender und entschlossenster Teil des deutschen Faschismus immer mehr die Rolle des Antreiber der faschistischen Politik im Dienste der deutschen

ihrer Solidarität den Streikenden zu Hilfe. In Dortmund-Witten kämpften die Bergarbeiter gegen Lohnraub und die vom Unternehmer verlangte unentgeltliche Verfahrnung von monatlich 3 Schichten und gegen die Durchsetzung der 8 1/2-Stunden-Schicht. Schon beginnen die Ruhrbergarbeiter durch Kampfauslösung praktische Solidarität zu üben.

Die Solidaritätsorganisationen der Internationalen Arbeiterhilfe und der Roten Hilfe in der Tschechoslowakei sind verboten.

Die Bergarbeiter müssen in allen Betrieben, auf allen Stempelstellen neben der tatkräftigen materiellen Unterstützung der streikenden tschechischen Bergarbeiter durch Organisierung des eignen Kampfes in Deutschland diesen Kampf unterstützen.

Alle helfen und zeichnen auf die Sammellisten der Solidarität mit den im Kampfe stehenden Bergarbeitern.

Alle gesammelten Gelder sind sofort auf das Postfachkonto Albert Funf, Essen 27 928, einzusenden.

Hauptvorstand des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands (GBD.)

oder die Arbeiter nur zur Macht des bösserlichen Geldes...
Könnt ihr euch August Bebel vorstellen, wie er für Hindenburg Propaganda macht?

Das ist unmöglich. So unmöglich wie die Vorstellung ist, so wenig hat die heutige SPD. irgend etwas mit einer Arbeiterpartei, mit einer sozialistischen Partei gemein. Die Sozialdemokratie und ihre verschiedenen „linken“ Abteiler, die SPD oder die Brandleristen oder Trojksisten, gehören auf Tod und Leben zur Front der Bourgeoisie, zur Front des Kapitalismus, zur Front des Faschismus!

Die Hindenburgparole der SPD. ist eine faschistische Parole!

Wer Hindenburg wählt, stimmt für die Faschisierung Deutschlands!

Wer Hindenburg wählt, stimmt für die Notverordnungs politik!

Wer Hindenburg wählt, hilft dem Hitlerfaschismus!

Schmutziger Massenbetrug der SPD.

Der kapitalistische Staat hat Millionen und Milliarden, die mit Hilfe der Notverordnungen aus den Werktätigen herausgepumpt wurden, dazu benutzt, die pleitegehenden Fabriken, Banken und Konzerne zu sanieren. Die betrügerische sozialdemokratische Führerschaft magt es, diese Milliardengehälter an das Privatkapital auf Kosten der Steuerzahler den Massen als eine „neue Ära des Staatskapitalismus“ auszugeben. Ja, Herr Hilferding, der Theoretiker der SPD., nennt sogar die vierte Notverordnung „ein Stück Sozialismus“ (Großes Gelächter).

Wir danken für diese Art „Sozialismus“. Einen schmutzigeren Massenbetrug als dieses neueste Manöver der Sozialdemokratie kann man sich schwerlich vorstellen.

Die SPD. und Nazis verteidigen das kapitalistische System. Ihr Ziel ist es, dieses System zu erhalten.

Hindenburg wie Hitler — die Kandidaten der Bourgeoisie

die übrig geblieben sind, vertreten gleichermaßen das kapitalistische System. Wer für sie stimmt, der stimmt für den Hunger der Massen, für die Mißwirtschaft der Privatkapitalisten, für die Stilllegung der Fabriken, für den Lohnraub, dafür, daß Millionen auf Straßenpflaster fliegen, dafür, daß ihnen die Unterstüßungen gekürzt werden, für Notverordnungen, für schrankenloses Massenelend und schrankenlose faschistische Reaktion!

Aber mehr als das: wer für Hitler und Hindenburg stimmt, der stimmt für den imperialistischen Krieg, für dieses ruchlose Verbrechen der internationalen Kapitalisten und auch der deutschen Bourgeoisie.

Was hat der räuberische Überfall des japanischen Imperialismus bisher an blutigen Opfern gekostet? Die chinesischen Behörden veröffentlichten bisher folgende Verluste: 6060 Zivilpersonen getötet, 10 400 verwundet, 2000 schwer verwundet, die Wohnungen von fast einer halben Million Menschen zerstört, 160 000 völlig ohne Obdach, rund eine Million Arbeiter erwerbslos. Die Zahl der getöteten und verwundeten Soldaten wird geheimgehalten.

Dieses Gemetzel magte der französische Sozialist Paul Boncour, der erst vor wenigen Wochen seine Mitgliedschaft in der französischen Sozialdemokratie aufgegeben hat, als ein „bedauerliches „Mißverständnis“ zu bezeichnen.

Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie

äußert sich schon heute in dem fieberhaften Bestreben, an der Konjunktur der Kriegseinstellungen des Weltimperialismus teilzunehmen. Wir erleben schon wieder die Anfänge jener Rückgangskonjunktur, die wir aus der Zeit der Kriegsgewinnerei kennen, wo jeder Fabrikant seinen Betrieb auf Munitionsfabrikation und sonstiges Kriegsmaterial umstellte.

Die Verteidigung der Sowjetunion ist eine Pflicht der internationalen Solidarität auf Grund der klassenmäßigen Verbundenheit der Proletarier aller Länder!

Die Verteidigung der Sowjetunion ist damit zugleich ein Akt der unmittelbaren Selbstverteidigung des deutschen Proletariats, wie des Proletariats aller Länder!

Die Sowjetunion ist das Bollwerk des internationalen Proletariats

Ihre bloße Existenz ist der wichtigste Rückhalt, den das Proletariat in allen kapitalistischen Ländern gegenüber den Ausbeutern und der faschistischen Reaktion besitzt.

Die Sowjetunion ist der Hort für die Politik des Friedens. Sie allein kämpft für eine wirkliche Abrüstung, die nur erreicht werden wird mit der Ueberwindung des kapitalistischen Systems.

Wenn wir die heutige Lage der Sowjetunion betrachten und uns zurückerrinnern an das, was die Bourgeoisie und Sozialdemokratie vor 14 Jahren über die Sowjetunion schrieben, so wird uns völlig klar, mit welchen frechen und betrügerischen Methoden die Kapitalisten und ihre Lakaien nach dem Kriege die Massen vom Weg zum Sozialismus abzuhalten versucht haben.

Damals erklärte man mit allen Mitteln der wüsten Grenzpropaganda, daß der Bolschewismus Chaos bringe. Und heute? Wer könnte heute eine so wahnsinnige und verlogene Behauptung noch aufstellen? Heute zeigt sich ja, daß das

Chaos nicht vom Bolschewismus, sondern umgekehrt durch das kapitalistische System produziert wurde.

Heute zeigen sich in allen kapitalistischen Ländern Anarchie und chaotische Zustände, Fäulnis der Wirtschaft, Stilllegung und Abschlagung der Produktion, Millionen von Erwerbslosen und Millionen Hungerarbeiter.

In dem einzigen Lande aber, wo der Bolschewismus am Ruder ist, wo wir Kommunisten regieren, in der Sowjetunion, dem Lande der proletarischen Diktatur — dort gibt es kein Chaos, keine Anarchie, kein Krise, sondern den grandiosen sozialistischen Aufbau mit seinen Triumpfen in Stadt und Land, mit seinen gigantischen Industrie- und Bergbauwerken, die die höchsten Leistungen der kapitalistischen Technik in den Schatten stellen, mit seinen gewaltigen Getreidefabriken, die den Triumph des Sozialismus in der Landwirtschaft erhärten.

Dort gibt es, trotzdem noch große Schwierigkeiten zu überwinden sind, keine Erwerbslosen, keinen Lohnraub, kein Kinderelend, keinen Zerfall und Niedergang, sondern unablässigen Vormarsch und Aufstieg!

Man hat uns Kommunisten früher häufig vorgeworfen, wir seien eine „negative Partei“, die nur „kritisieren“, aber nichts positives leisten könne. Heute treten wir vor die Bourgeoisie und vor die Sozialdemokratie, wie vor die Hitlerpartei und fragen diese Parteien: Wo sind eure Leistungen? Was habt ihr Positives zuwege gebracht? (Stürmischer Beifall.) Den Hunger der Massen, die ungeheuerliche Mißwirtschaft, das kapitalistische Chaos, die Knechtschaft und den Krieg — das habt ihr fertig gebracht! (Beifall.)

Für solche „positiven Leistungen“ bedanken wir uns! Damit wollen wir Kommunisten nicht konkurrieren. (Sehr richtig.)

Wo Kommunisten regieren, da gibt es keine Krise, keine Knechtschaft, keine Kriegspolitik! (Beifall.)

Auf einem Sechstel der Erde haben wir keinen Tisch gemacht mit dem kapitalistischen Ausbeuter, gesündel und seinen Handlangern! (Erneuter stürmischer Beifall.)

Das gefällt den Millionären nicht.

Regierungsprogramm der deutschen Arbeiterklasse!

Wenn wir ans Ruder kommen, gestützt auf den Willen der Millionen Proletarier in Stadt und Land, dann sind wir entschlossen, die Macht nie wieder aus unseren Händen zu geben! (Sehr richtig! Bravo!)

Dann sind wir entschlossen, dieses Land, das heute mit Hilfe der SPD. und der Hitlerpartei von den kapitalistischen Räubern und Fronzwögeln des internationalen Finanzkapitals verwüstet, geplündert und in eine Hölle verwandelt wird, umzuwandeln in ein Land der sozialistischen Arbeit und des sozialistischen Aufstiegs. Die Fabriken, die heute von den Kapitalisten abgebrochen, geschlossen und versteigert werden — wir werden sie in Betrieb setzen, aber ohne Kapitalisten, ohne Generaldirektoren, ohne Dividendenhändler und Aktionäre, ohne die faschistische Meute!

Die Bergwerke, die großen Güter, die Werften, die Dampferlinien — heute alles Privateigentum einer kleinen Clique kapitalistischer Schmarotzer — werden wir in den Besitz der Allgemeinheit des werktätigen Volkes unter der Hegemonie des Proletariats überführen!

Wir werden die Kapitalisten entschädigungslos enteignen!

Wir werden die Großgrundbesitzer, die heute stets über ihr elendes Los klagen, obwohl sie Millionen und Abermillionen an Subventionen aus den Taschen der Steuerzahler beziehen, entschädigungslos von diesem ihren „Eld“ befreien, indem wir ihre Güter teils unter die Masse der landarmen Bauern aufteilen, teils in sozialistische Güter des proletarischen Staates verwandeln!

So werden wir die vom Kapitalismus verwüstete Produktion wieder in Gang setzen und damit Millionen von Erwerbslosen Arbeit und Brot verschaffen! (Stürmische Zustimmung.)

Arbeit und Brot für die Millionen Erwerbslosen

das ist die erste und dringlichste Aufgabe, die die kommende Räteregierung eines sozialistischen Deutschland lösen wird!

Eine zweite Frage ist

die Wohnungsfrage.

Wir werden aus den Villen und Palästen der Bourgeoisie die heutigen Inhaber, die kapitalistischen Schmarotzer verjagen und arbeitende Menschen einquartieren. Für die Generaldirektoren, für die Krupp, Thyssen, Klöckner, Bösch und Duisberg, für den Kronprinzen ist Platz genug in den Obdachlosenlagern! (Lebhafter Beifall.)

Wenn wir Kommunisten die Macht übernehmen, dann werden wir gemeinsam mit den heute noch sozialdemokratischen Arbeitern und gemeinsam mit zahllosen Werktätigen, die heute noch auf die soziale und nationale Demagogie des Hitlerfaschismus hereinfallen und denen wir die Augen öffnen müssen, den Faschismus in Deutschland mit Stumpf und Feil ausrotten. Die faschistische Meute wird werden wir ausbrennen wie eine Eiterbeule! (Unhaltender Beifall!)

unsere Kandidatur ist eine Kampfkandidatur

Sie bedeutet, daß wir Millionen aufzuteilen, sammeln, organisieren und aktivieren wollen für den außerparlamentarischen Massenkampf, für die Streiks der Betriebsarbeiter gegen Lohnabbau, für die Massenaktionen der Erwerbslosen gegen Unterlassungsabbau, für die Demonstrationen, für den Kampf gegen den Steuerwucher in Stadt und Land, für den Kampf gegen die kapitalistischen Zwangsversteigerungen bei den kleinen Bauern und Gewerbetreibenden.

Unsere Kandidatur ist eine Kampfkandidatur vor allem gegen den imperialistischen Krieg!

Wer für den Kandidaten der kommunistischen Partei stimmt, der legt damit das Geißel ab, teilzunehmen an der aktiven Verhinderung von Kriegseinsparungen und Kriegstransporten durch Streiks und andere Massenaktionen.

Wer mit uns stimmt, der muß auch mit uns kämpfen!

Wer mit uns kämpfen will, der muß auch verstehen, daß seine Stimme am 10. April für den Kandidaten der kommunistischen Partei keine verlorene Stimme ist, keine bloße Demonstration ist, sondern eben ein Stück jener Kampfmobilisierung der Massen zum außerparlamentarischen Kampfe!

Jede Stimme mehr ist ein Schritt vorwärts

und bedeutet, daß dieses Kampfsignal stärker und mitreißender an die Kleinmütigen und Verzweifelten in Stadt und Land erschallen wird, um sie wachzurütteln und mitzureißen!

Größter Schwindel der deutschen Bourgeoisie und Sozial-

Das gefällt den SPD. und ADW.-Führern nicht. Das gefällt den Nazigenerälen und dem deutschen Kronprinzen nicht. (Stürmische Zustimmung.) Das gefällt nicht Herrn Hindenburg und nicht Herrn Hitler!

Aber euch, den ausgebeuteten Arbeitern, den ausgesetzten Erwerbslosen, den darbenenden Arbeiterinnen in der Textilindustrie, den geknechteten Jungproletariern — ich denke, euch wird es gefallen, was wir in Rußland getan haben, und noch mehr gefallen, wenn wir das gleiche Handwerk in Deutschland betreiben werden! (Minutenlanges Beifall!)

Allen, die noch nicht verstanden haben, sei es mit größter Schärfe gesagt:

Wir deutschen Kommunisten sind entschlossen, nicht eher zu ruhen und zu rasten, als bis auch in Deutschland die Ketten zerbrochen sind, die das Proletariat und die Werktätigen an das furchtbare System der kapitalistischen Lohnsklaverei und der imperialistischen Tributsklaverei fesseln!

Unser Programm in diesem Wahlkampf ist klar und unzweideutig: das

Die Waffen werden sich in den Händen des Proletariats befinden. Keine Reichswehr, sondern eine Rote Armee (großer Beifall), keine Schupo, sondern eine Arbeitermiliz — das wird die bewaffnete Macht sein, die der Aufrechterhaltung und Sicherung der proletarischen Diktatur und ihrer revolutionären Errungenschaften und die damit wirklich den Millionenmassen des arbeitenden Volkes in Stadt und Land dient!

Was wir in unserem Freiheitsprogramm vom August 1930 ausgesprochen und jetzt in der Deklaration unseres Zentralkomitees wiederholt haben, das werden wir in die Tat umsetzen:

Das freie sozialistische Rätedeutschland wird das Versaillesystem der Knechtschaft und Tributsklaverei für null und nichtig erklären!

Das alles ist unser Ziel. Dafür kämpfen wir und wir wissen sehr gut und sagen es den Massen sehr deutlich, daß dieses Ziel nicht mit dem Stimmzettel und parlamentarischen Wahlen erreicht werden kann. Für uns gilt noch immer das große Wort von Karl Marx:

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selber sein!

Wir fragen die Millionen Erwerbslosen: Was antwortet ihr euren Kindern auf die Frage, warum sie Hunger leiden, kein Brot, keine Schuhe, keine Kleidung und manchmal keine Wohnung haben? Weshalb müssen sie frieren und darben?

Die Antwort lautet: Ihr friert, ihr hungert, ihr geht zugrunde, weil die Aufrechterhaltung des bankrotten kapitalistischen Profitsystems das erfordert!

Ihr habt kein Brot. Aber in Scheunen und Tennenhäusern liegt es.

Ihr habt keine Schuhe und keine Kleidung. Aber die Läger sind vollgestopft.

Ihr habt keine Wohnung. Aber Tausende großer Wohnungen stehen leer.

Der deutsche Staat zahlt einer Kriegserwitwe täglich 90 Pfennig, einem Schwerekriegsbeschädigten täglich eine Mark, einer Kriegervaise täglich 46 Pfennig. Aber ein ausgedienter General bekommt täglich 50 Mark, und der deutsche Staat kann für den ausgerichteten Deierteur Kaiser Wilhelm täglich 1670 Mark bezahlen. (Stürmische Empörung.) Diese Verbrecher finanzieren mit euren Steuergroßden die Parteien des Faschismus.

Das ist die Lage in Deutschland. Darum sagen wir: Unsere Kandidatur ist eine Kampfkandidatur gegen den Faschismus, gegen die Notverordnungen, gegen die Polizeivillkür, gegen den Raub des Demonstrationsrechtes, gegen Raub und Einschränkung der Versammlungsfreiheit, gegen Presseverbote, gegen das Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes, gegen die Arbeitermorde, gegen den faschistischen Blutterror!

Wir sagen auch beim jetzigen Präsidentschaftswahlkampf den Massen nicht: indem ihr Ernst Thälmann eure Stimme gebt, werdet ihr frei von den Ketten des Kapitalismus und Imperialismus, kann dieser für euch das Werk der Befreiung vollbringen! Nein!

demokratie, wenn sie behaupten, unsere Klassenkandidatur sei eine Zählkandidatur.

Sie ist eine Kampfkandidatur! Darum ist ein Debesteur, wer nicht seine Pflicht erfüllt und mithilft, die Massen zum 10. April zu mobilisieren. Darum verrät derjenige den Freiheitskampf, der sich auf die schiefe Ebene des parlamentarischen Denkens begibt und erklärt, die kommunistische Kandidatur ist ja ohnehin aussichtslos, also wählen wir Hindenburg oder Hitler oder üben Stimmenthaltung.

Klassenbewußte Arbeiter erfüllen ihre Klassenpflicht am 10. April, um die Positionen des Kommunismus in Deutschland zu festigen, um die Massen aufzuwecken und zum Kampf zu mobilisieren, um einen Aufsturz für die Breitenwahlen, für die Wahlen in Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt am 24. April zu vollziehen.

Alle Stimmen der Proletarier und der notleidenden Werktätigen für die Klassenkandidatur der kommunistischen Partei — das bedeutet ein Kampfergebnis gegen den imperialistischen Krieg, gegen Hunger und Faschismus!

Das bedeutet ein Kampfergebnis gegen Hindenburg und Hitler, gegen Brüning, Groener und Seebach!

Das bedeutet ein Kampfergebnis für den sozialistischen revolutionären Ausweg aus der Krise!

Das bedeutet ein Kampfergebnis gegen das heutige Deutschland der kapitalistischen Zuchtbarbarerei!

Das bedeutet ein Kampfergebnis für das freie sozialistische Rätedeutschland!

(Minutenlanges, stürmisches Beifall der Massen.)

Moskauer Prozeß enthüllt polnische Kriegstreiber

Attentäter Stern und Wassiljew handelten im Auftrage der Interventionstreiber im Westen

Wie wir schon kurz gemeldet haben, begann am 4. April in Moskau unter größtem Andrang der Journalisten in- und ausländischer Presse und Vertreter des diplomatischen Korps der Prozeß Stern und Wassiljew wegen Verübung des Attentats auf den deutschen Botschaftsleiter v. Twardowski.

Das Gericht tagt im Gebäude des Obersten Gerichtshofes der Sowjetunion vor dem Militärkollegium.

Am dem Mittelstück, welcher gleich den anderen Tischen mit rotem Nusch überzogen ist, nehmen bei Beginn der Verhandlung der Vorsitzende dieses Gerichts, der Genosse Krielenko, in der Umklekabine der Roten Armee, mit den vier Sternen als Korpskommandant, sowie zwei andere Mitglieder der Arbeiter- und Bauernmacht, sowie zwei andere Mitglieder der Arbeiter- und Bauernmacht. Am linken Ende der öffentlichen Anklagebank sitzen die Genossen Krielenko, Volkstummel für Justiz, mit dem Abzeichen des Chefs der W.Z.K., der Regierung des proletarischen Staates. Neben ihm die Mitglieder der Prokuratur. Dokumente in diesen Mappen liegen vor ihnen.

Gegenüber Genossen Krielenko, hinter einem Holzverschlag, bewacht von Notarmisten, nehmen die Angeklagten Stern und Wassiljew Platz.

Stern, 28 Jahre alt, macht den Eindruck eines zerfahrenen, milderwertigen Menschen. Nervös, mit weit aufgerissenen Augen, sieht er da, wie geistesabwesend mit dem Kopf nickend und sein Gesicht verziehend.

Wassiljew, 29 Jahre, zeigt im Gegensatz dazu sich äußerst ruhig und antwortet auf die Fragen kurz, bestimmt und klar, offene Feindschaft zur Schau tragend. Während der Verhandlung sieht er scheinbar uninteressiert zurückgelehnt, wobei er aber doch die Vorgänge genau beobachtet. Als einziger im ganzen Saal macht er von dem Recht des Rauchens während der Verhandlung Gebrauch.

Der Prozeß tagt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der Sowjetunion, weil die Angeklagten eines Verbrechens angeklagt werden, welches die Schürung des Krieges zum Ziele hatte. Aber der Prozeß wird auf Grund der gewöhnlichen Vorschriften der Strafprozedur der Sowjetunion geführt.

Die Fäden laufen nach Warschau

Die erste Sitzung des Prozesses zeigt, auf Grund der Anklageurteile und der Angaben Sterns und Wassiljews, die im Kreuzverhör gemacht werden, die politischen Gründe des Attentats.

Vom Schützen Stern, welcher die Schüsse auf das Auto des Botschaftsleiters abgab, über Wassiljew, der nach eigenen, in einer Sitzung betrachteten Aussagen Stern zum Attentat anleitete und unterstützte, zieht sich eine gerade Linie zu den schicksalhaften Gestalten der geschlagenen, verjagten Bourgeoisie, zu den konterrevolutionären Elementen, welche immer noch die wahnhaftige Hoffnung nachlaufen, daß die Macht der Sowjets, die Macht des Proletariats der Sowjetunion, durch terroristische Akte und insbesondere durch Herausbechwörung eines Interventionskrieges gestürzt werden kann.

Intervention von Westen

Die Anklageurteile betreffen die Verbindung auf und zeigt die Fäden zu polnischen Staatsangehörigen, wie die Genosse Saborski, die im Jahre 1928 einen Oberinspektor der polnischen Verwaltung der roten Arbeiter- und Bauernarmee in Moskau ermordeten und die während des VI. Weltkongresses der Kommunisten Terrorakte gegen führende Mitglieder der Sowjetunion planten. Den gemeingefährlichen politischen Charakter unterstreichen besonders hart jene Aussagen Sterns und Wassiljews, die mit größtem Zornismus die Ausschichten des Krieges im Fernen Osten für die Sowjetunion wegen der großen Entfernung des Ostens von den Landeszentren der Union nicht für tödlich erachteten und daher unbedingt eine Intervention von Westen herbeiführen bestrebt waren.

Der interessanteste Teil der Anklageurteile, der die Absichten eines Interventionskrieges ausführlicher beleuchtet, ist folgende Aussage des Attentäters Stern:

„Als die Geschicknisse im Fernen Osten einsetzten, glaubte ich, daß es zum Kriege mit Japan führen würde, der der Anfang vom Ende der heucheligen Lage des Landes sein würde. Diese Anschauungen teilte ich Wassiljew dar. Dieser stimmte mir nicht nur zu, sondern entwickelte noch den Gedanken, daß nicht der Osten, sondern der Westen das Schicksal der Sowjetunion entscheiden werde. Er ging von folgendem aus: Die bei weitem nicht sichere Lage der Sowjetunion im Westen hängt sich lediglich auf die Beziehungen zu Deutschland. Die übrigen Staaten des Westens stehen der Sowjetunion mehr als feindlich gegenüber. Diese Feindseligkeit wird durch das bestehende Bündnis Deutschlands mit der Sowjetunion eingedämmt. Würde man diese Beziehungen durchbrechen, so müßte das unweigerlich ein aggressives Vorgehen des Westens gegen die Sowjetunion zur Folge haben.“

Bürgerliche Herkunft der Attentäter

Nach Eröffnung der Sitzung ruft der Vorsitzende Stern und Wassiljew auf und stellt ihre Personalien fest. Aus der Anklageurteile geht hervor, daß Stern aus einer Familie von Eigentümern einer Zuckerrübenzuckerfabrik aus Odessa stammt. Sein ganzes Leben trägt den Charakter eines wurzellosen Menschen, welcher gelegentlich arbeitete, niemals aber lange arbeitete, der nach kurzer Zeit aus dem kommunistischen Jugendverband hinausgeworfen wurde, aus der Gewerkschaft wegen böswilliger Verherrlichung der Disziplin und Störung des Produktionsplanes und endlich als verkränkter Student wegen böswilliger Arbeitsverweigerung aus der Hochschule entfernt wurde. Schließlich zog er es vor, im Lande des Arbeitermangels arbeitslos herumzuzugeln und die Wahnsinnsidee des Attentats durchzuführen.

Wassiljew entstammt der Familie eines Grundbesitzers mit Haus und Sommervilla, er absolvierte das Technikum und arbeitete eng mit den konterrevolutionären Kreisen der bürgerlichen Intelligenz zusammen. Auf diesem Wege stellte er auch Verbindung mit polnischen Kriegsheern her.

Der Prozeß beginnt mit der Verteidigung der Zeugen. Nach Verlesung des Anklageaktes befragt der Vorsitzende die Angeklagten, ob sie sich des Verbrechens, dargestellt in der Anklageurteile, schuldig bekennen. Wassiljew anerkennt kurz und ruhig die Schuld. Stern verweigert verschiedene Ausflüchte zu machen.

Nach kurzer Unterbrechung schlägt Genosse Krielenko vor, den Prozeß in der Reihenfolge der Anklageurteile durchzuführen, also

beginnend mit den Vorgängen beim Attentat, dann die Vernehmung der Beteiligten, zweitens die Motive der Tat und drittens Verbindung und Mithilfe Wassiljews, viertens Verlesung ihrer in der Anklageurteile. Danach wird die Verhandlung fortgesetzt.

Bei der Vernehmung des Chauffeurs der deutschen Botschaft läßt Stern die „Charaktervolle“ Tat feststellen, daß er nicht auf den Chauffeur geschossen habe.

Worotnikow, zugehört der G.P.U., schildert, wie er zufällig aus dem nicht weit entfernten Gebäude des Stabes der Roten Armee zur Zeit des Attentats vorbeikommt. Stern verhaftete und, als er durch Befragen des Chauffeurs die Person des Verwundeten erfahren, die sofortige Leistung ärztlicher Hilfe veranlaßt hat.

Sterns leere Ausflüchte

Stern macht im Kreuzverhör einen lächerlichen Eindruck und verlor nach der Tat weggefallen, der freiwillig den Revolver nach der Tat weggeworfen habe und sich verhalten lieh — allerdings erst, nachdem zwei Schüsse auf den hinzukommenden Worotnikow fehlgingen, und das Magazin des Revolvers leer war.

Im Dezember 1931 sei ihm die Idee des Attentats gekommen. Krielenko: Warum beabsichtigten Sie das Attentat gerade auf den deutschen Botschaftsleiter und nicht auf den Vertreter irgendeiner anderen Macht?

Stern: Nein zufällig. Ich bemerkte 1928 beim Mittagessen, daß ich in der Nähe der deutschen Botschaft einnahm. Autos mit nationaler Flagge. Darin erinnerte ich mich im Zusammenhang mit dem geplanten Attentat.

Krielenko: Haben Sie genau gezielt?

Stern: Nein.

Krielenko: Aber Sie haben doch gesehen, daß jemand im Auto lag.

Stern: Ich frage zuerst nein, verbessert sich aber, als Krielenko ihn fragt, ob er denn auch auf ein leeres Auto geschossen hätte.

Krielenko zeigt dann Fotoaufnahmen des Botschaftsautos die die Einschüsse von vier Kugeln in Kopfhöhe zeigen, und fragte Stern, ob dies auch ein Zufall sein könnte.

Stern: Da müssen Sie die Kugeln tragen. Das ist ein Zufall Stern, welcher vorher immer erklärte, das Attentat vollständig allein, ohne andere Hilfe, aus eigener Ueberzeugung, geführt zu haben, bleibt bei dieser Feststellung.

Sterns Bekanntschaft mit Wassiljew

Krielenko fragt ihn nun über die Bekanntschaft mit Wassiljew aus, die ungefähr im November 1931 erfolgte.

Krielenko: Zählten Sie irgendwelche Gespräche über die politische Lage mit Wassiljew?

Stern: Wir besprachen die Vorgänge, die in den Zeitungen über den Fernen Osten geschildert wurden.

Bei der Frage, welche Stellung er eingenommen, und ob die Möglichkeit eines Krieges sowohl von Osten, als auch von Westen behandelt wurde, vertritt sich seine Feindschaft. Seine Antworten werden ausweichend und er behauptet, das Vorgehen Japans in der Mandchurien nicht mit der Kriegsgefahr verbunden zu haben.

Krielenko fragt Wassiljew, was er dazu zu sagen habe.

Wassiljew: Wir sprachen über diese Vorgänge und verknüpften sie mit den Kriegsmöglichkeiten.

Wassiljew über die Vorgeschichte des Attentats

Im Mittelpunkt der Nachmittagsung stand die Aussage des Angeklagten Wassiljew über die Vorgeschichte des Attentats. Wassiljew schilderte im Kreuzverhör, vom Genossen Krielenko gefragt, wie er im November vorigen Jahres die Bekanntschaft von Stern machte, und sofort dessen kom-

muunische Tätigkeiten erkannte, wie Stern anfangs vorichtig, später ganz offen konterrevolutionäre Gespräche führte. Nur der Grundlage dieser gemeinsamen konterrevolutionären Ideologie kamen sie sich näher. „Ich erkannte, daß Stern gerade der Mensch ist, der mir notwendig war.“

Das Ziel der Terrorakte

Wassiljew beschreibt, daß Stern sich mit der Idee trug, terroristische Akte gegen führende Mitglieder der Sowjetregierung durchzuführen. Damals entstand die Idee, ein Attentat auf den deutschen Botschaftsleiter auszuführen, „da ich entgegen Stern der Ansicht war, daß

nicht der Osten das Schicksal der Sowjetunion entscheidet, weil die Sowjetunion im besten Falle im Osten nur Territorium verlieren könne. Der Osten ist aber so weit von den Lebenszentren der Sowjetunion entfernt, daß ein solcher Verlust für die Sowjetmacht nicht von tödlicher Wirkung sein würde. Entscheidend für das Schicksal ist meiner Ansicht der Westen.“

Zunächst schildert dann Wassiljew, wie er mit Stern „gemeinsam“ den Verlesungen dritter Versionen (!!) das Attentat auf den deutschen Botschaftsleiter besprach, wie sie den ersten Plan, das Attentat im Gebäude der Botschaft selbst durchzuführen wegen der technischen Unmöglichkeit fallen ließen und den zweiten Plan festlegten, an der Ecke der Leontewski Perewol und Uliza Gergena auf den Botschaftsleiter im Auto zu schießen.

„Ich hatte von dritten Versionen Mitteilung, daß Stern das Attentat allein durchführen sollte.“ (Wassiljew verhartet in seiner bereits in der Voruntersuchung angenommenen Haltung die „dritten Versionen“ nicht zu nennen)

„Ich bin stets ein Feind der Sowjetmacht gewesen“

Mit ruhiger Stimme erzählt Wassiljew weiter, wie Stern einen Revolver aus Leningrad besorgte, wie er Stern Nummer und Erkennungszeichen des Autos der deutschen Botschaft mitteilte, wie Stern im Februar erklärte, daß alles fertig sei und er in Kürze zur Tat schreiten werde. In ebenso lässiger Weise erklärt Wassiljew auf eine Frage Krielenkos: „Ich bin stets ein Feind der Sowjetmacht gewesen.“

Die ganze Erklärung Wassiljews steht in schroffem Gegensatz zu der Aussage Sterns, der selbst bei Konfrontierung mit Wassiljew weiter feige kneift und behauptet, daß das Attentat nur zufällig und nicht nach einem vorgefaßten Plan (!!) unternommen wurde.

Sterns Schwester sagt aus

Die als Zeugin verhörte Schwester Sterns gibt ein erschöpfendes Bild des Lebens ihres Bruders, ein Bild des völlig entwurzelten, haltlosen, moralisch verkommenen und dabei sich eitel posierenden Menschen Stern. Aus der Arbeiterfakultät in Odessa wird er ausgeschlossen, weil er nicht lernte. Aus der Leningrader Arbeiterfakultät, wo er weiter lernen soll, wird er ausgeschlossen, weil er nichts taugte. In der Fabrik „Pariser Kommune“ wird er entlassen, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wegen Arbeitsverweigerung, Verherrlichung der Disziplin und böswilliger Störung des Produktionsplanes. Wehrlich geht es ihm in anderen Betrieben, und aus dem Betrieb „Rote Kosa“ bleibt er eines Tages einfach weg, ohne sich abzumelden, benutzt aber weiter die Karten, die den Betriebsarbeitern Vergünstigungen gewähren. Das war die letzte Arbeit, die er überhaupt machte, dann hungerte er herum. „Er machte uns nichts als Unannehmlichkeiten.“ Ebenso rücksichtslos ist er gegen seine Angehörigen. Stets zeigte er eine sowjetfeindliche Einstellung, verbunden mit einer krankhaften Bewunderung für das kapitalistische Ausland, insbesondere für Polen und Deutschland.

Neuer kommunistischer Wahlsieg

Ein guter Auftakt zum 10. und 24. April — Die rote Einheitsfront marschiert!

Mannheim, 5. April (Eig. Bericht).

Am Sonntag fand in Lampertsheim die Stichwahl um den ersten Abgeordneten statt. Die Entscheidung stand zwischen dem Kandidaten der Kommunistischen Partei, Genosse Kretschmar, und dem bürgerlichen Kandidaten Glichez, für den sich die Nazis, die Volkspartei und der christlich-sozialer Volksdienst erklärt hatten. Trotz dieser bürgerlichen Einheitsfront wurde der rote Kandidat mit überwältigender Mehrheit gewählt. Er erhielt 3287 Stimmen, während der Kandidat der Einheitsfront 2535 Stimmen erhielt. Gegenüber dem ersten Wahlgang, in dem der Kandidat der Kommunistischen Partei 1727 Stimmen erhielt, hat sich die Stimmenzahl fast verdoppelt.

Dieser glänzende Wahlsieg ist ein Beispiel dafür, daß in der Arbeiterklasse der Wille zum Kampf gegen den Faschismus, gegen Hunger und Reaktion lebendig ist. Dieser Wille bricht sich über alle bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteihürden hinweg Bahn, wenn wir es verstehen, durch unsere Agitation und Propaganda das Klassenbewußtsein der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter zu wecken und sie in der Tat von der Wichtigkeit unserer Politik zu überzeugen. In Lampertsheim ist das der tapferen unermüdeten Arbeit unserer Genossen gelungen.

Die sozialdemokratischen Bonzen wollten ihren Mitgliedern Stimmhaltung empfehlen und so dem Kandidaten der Nazis helfen, aber die sozialdemokratischen Arbeiter setzten in einer Mitgliederversammlung mit großer Mehrheit einen Beschluß durch, für den roten Arbeiterkandidaten zu stimmen. Alle sozialdemokratischen Arbeiter verlangten, daß die Stimme für den kommunistischen Kampfkandidaten gegen Faschismus abgegeben werde.

Die Führer der Zentrumspartei gaben zu dieser Stichwahl die Parole Stimmhaltung. Die wertvollen Zentrumswähler durchbrachen diesen Parteibe-schluß und forderten in einem Aufruf in der Lampertsheimer Zeitung zur Wahl des kommunistischen Kandidaten.

So ist Lampertsheim ein Signal — ein anfeuerndes Beispiel, was in Lampertsheim möglich ist, muß überall möglich sein. Bot-

wärts, Genossen! Im Osten und Westen, im Süden und Norden des Reichs! Lampertsheim gibt Zeugnis von den großen Sympathien, die die Kommunistische Partei in den breiten Massen der sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter hat. Alles hängt von eurer Aktivität ab. Rüttelt die Massen auf, reißt sie ein in unsere außerparlamentarische Kampffront. Macht sie mobil zur Wahl für den roten Arbeiterkandidaten Thälmann, für die Kommunistische Partei.

40 Pf.

Die schärfste Anklage gegen die Politik des „kleineren Übels“



Die WAHRHEIT ÜBER PREUSSEN

Material der kommunistischen Landtagsfraktion zum Preußenwahlkampf 1932